

**Beschluss der Konferenz der IT-Beauftragten der Ressorts
vom 28. März 2019**

Projekt: IT-Konsolidierung Bund

Umsetzung der Grundschutzzone

1. Mit Beschluss 2017/11 der 10. Konferenz der IT Beauftragten der Ressorts, bestätigt im 40. IT-Rat (24.01.2018), wurde eine Machbarkeitsanalyse beauftragt.
2. Die Machbarkeitsanalyse wurde mit den RFEen abgeschlossen und der Abschlussbericht mit den Ressorts mit RFEen abgestimmt.
3. Die Machbarkeitsanalyse bestätigt grundsätzlich die in der vorangegangenen Bedarfsanalyse aufgezeigten Lösungsansätze für grundlegende Bedarfe der RFE:
 - a) Die Notwendigkeit der Schaffung einer Grundschutzzone einschließlich eines Extranet. Dies ermöglicht den RFEen den Zugang zu den standardisierten und zentral bereitgestellten Diensten der IT Konsolidierung ohne gleichzeitige Einhaltung der NdB Nutzerpflichten.
 - b) Die Notwendigkeit der Schaffung einer DMZ Zone mit RFE Plattformen. Auf diesen Plattformen können IT Fachverfahren der RFE betrieben bzw. von den IT Dienstleistern in Form von IaaS und PaaS unterstützt werden. Darüber hinaus können sie z. B. für internationale Kollaborationen, Videokonferenzen und Datenaustausche sowie zukünftige Bedarfe eingesetzt werden.
4. Im Vordergrund muss die praktikable und ergonomische Arbeitsfähigkeit der RFEen stehen. Lösungsansätze für die Zugriffe auf und die Verarbeitung von VS NfD Material müssen noch erarbeitet werden.
5. Die hier vorliegenden Ergebnisse sind nicht nur für die RFEen relevant, sondern auch für Behörden, die ebenfalls keine oder nur geringe Mengen von Daten oder

Dokumenten gemäß VSA verarbeiten. Eine VSA konforme Verarbeitung bleibt hiervon unbenommen.

Vor diesem Hintergrund fasst die Konferenz der IT-Beauftragten der Ressorts folgenden

Beschluss Nr. 2019/02:

1. Der Abschlussbericht zur Machbarkeitsanalyse für die RFE wird von der Konferenz der IT-Beauftragten der Ressorts zur Kenntnis genommen.
2. Um die Zugriffe aus der Grundschutzzone in andere Zonen praktikabel und ergonomisch für die Behörden zu ermöglichen, bittet die KoITB das BSI, die Anforderungen an eine clientseitige softwarebasierte VDI Terminalserver Lösung für den Zugriff in die VS NfD Zone unter Beteiligung der Ressorts zu erarbeiten oder Alternativen vorzuschlagen.
3. Die KoITB bittet die GPL auf der Grundlage des Abschlussberichts:
 - a) Die Bedarfe der RFE und weiterer Behörden an eine Einbindung in die Grundschutzzone, sowie die jeweils darin benötigten Anforderungen der Dienste, Services, Verfahren und Plattformen zu erfassen (Lastenheft). Die Ressorts sind bei der Anforderungserhebung und der Lastenhefterstellung einzubinden. Die Bedarfe der weiteren Behörden können dabei die Anforderungen der RFE ergänzen.
 - b) Die IT Dienstleister auf der Grundlage des Lastenheftes mit den Maßnahmen zur Planung und zum Aufbau einer Grundschutzzone nebst DMZ Zone mit RFE Plattformen zu beauftragen.
4. Der Beschluss wird veröffentlicht.